

„Des Kalifen neue Kleider“: Der Islamische Staat in Irak und Syrien

Stephan Rosiny

Am 9. Juni 2014 drangen Kämpfer des Islamischen Staates im Irak und in Großsyrien (ISIS) von Syrien kommend weit in den Irak ein. Innerhalb weniger Tage eroberten sie den gesamten Westen des Landes und stießen bis kurz vor Bagdad vor. Am 29. Juni 2014 riefen sie einen „Islamischen Staat“ und ein Kalifat aus.

Analyse

Erstmals kontrollieren Dschihadisten ein zusammenhängendes, grenzüberschreitendes Territorium im Nahen Osten. Mit der Ernennung ihres Anführers, Abu Bakr al-Baghdadi, zum Kalifen, das heißt zum religiösen und politischen Oberhaupt aller Muslime, dürfen sie sich allerdings ideologisch und politisch übernommen haben.

- Der schnelle Erfolg des ISIS im Irak hat mehrere Ursachen: Der Irak ist politisch und ethnisch fragmentiert und in Teilen ohne zentralstaatliche Macht. ISIS verfügte bereits über eine territoriale Basis in Syrien, enorme Ressourcen an Waffen, Geld und Kriegern sowie irakische Bündnispartner im Kampf gegen die unpopuläre Regierung von Ministerpräsident Nuri al-Maliki in Bagdad.
- Mit der Übernahme des frühislamischen Konzeptes vom Kalifat appelliert ISIS an die Sehnsucht vieler Muslime nach kultureller Authentizität, religiöser Reinheit und politischer Einheit. Diese Versprechen erfüllt er jedoch nicht, da sein brutales Vorgehen selbst viele sunnitische Muslime verschreckt, die zu verteidigen er vorgibt.
- Das Kalifat beinhaltet einen politischen und religiösen Alleinvertretungsanspruch, den weder die bestehenden muslimischen Staaten noch die meisten sunnitischen religiösen Autoritäten akzeptieren werden.
- Der ISIS-Vormarsch hat die Fragmentierung des Irak verschärft, und er könnte das Ende des Einheitsstaates beschleunigen. Eine Aufspaltung in ethnisch-konfessionelle Einzelstaaten wird die strukturellen Probleme des Landes jedoch nicht lösen, sondern sie nur multiplizieren.

Schlagwörter: Dschihadismus, Irak, ISIS, Islamismus, Kalifat, Salafismus, Syrien

Al-Qaida radikalisiert sich im Irak seit 2003

Seit der Staatsgründung im Jahr 1920 treten im Irak immer wieder Spannungen entlang ethnischer, konfessioneller, tribaler und politischer Identitäten auf. Araber konkurrieren hier mit Kurden, Sunniten mit Schiiten, verschiedene Stämme untereinander und unterschiedliche nationalistische Ideologien mit verschiedenen Formen des Islamismus. Es geht dabei um die Deutung von historischer, politischer und religiöser „Wahrheit“, aber auch um die Verteilung von Macht und Ressourcen. Der Sturz des (sunnitischen) Machthabers Saddam Hussein im April 2003 durch eine US-geführte „Allianz der Willigen“ und die Bildung einer von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit dominierten Regierung im Jahr 2005 verschärften die Spannungen zwischen den beiden islamischen Konfessionsgemeinschaften. Der Irak wurde zudem Schauplatz des regionalen Machtkampfes zwischen Saudi-Arabien und Iran, in dem der Sunna-Schia-Gegensatz gleichfalls die ideologische Schablone bildet (Abdo 2013).

Seit April 2003 beschleunigte die US-Besatzungsmacht – ob absichtlich oder durch fahrlässiges Handeln bleibt fraglich – den Zerfall der irakischen Staatlichkeit, unter dem das Land bis heute leidet. Die US-Truppen ließen es in der anarchischen Phase nach dem Regimesturz zu, dass Ministerien und Waffendepots geplündert und zerstört wurden – einzig das Ölministerium wurde rechtzeitig geschützt. Der US-Zivilverwalter Paul Bremer löste im Mai 2003 die über Jahrzehnte herrschende Baath-Partei und die irakische Armee auf, aus deren Reihen sich fortan zu großen Teilen der bewaffnete Widerstand gegen die Besatzung rekrutierte.

Al-Qaida fand hier nach der Vertreibung aus Afghanistan im Jahr 2001 ein ideales neues Betätigungsfeld. Es gelang ihr, sich mit großen Mengen an Waffen und Sprengstoff zu versorgen. Der Anführer von al-Qaida im Irak (AQI), der jordanisch-stämmige Afghanistan-Veteran Abu Mus`ab az-Zarqawi, brutalisierte den Kampf der globalen Dschihadisten. Den Weltmedien präsentierte er sich im Mai 2004 mit einem Video, in dem er als Rache für die kurz zuvor bekannt gewordene Folterpraxis im Gefangenenlager Abu Ghraib eigenhändig den amerikanischen Geschäftsmann Nicholas Berg enthauptete. Medial inszenierte Morde sind bis heute das Markenzeichen seiner Bewegung.

Darüber hinaus ist für die Anhänger der irakischen al-Qaida ein extremer Hass auf Schiiten kennzeichnend, die sie als *Rafidun* („Verweigerer“)

beschimpfen, weil sie die ersten drei „rechtgeleiteten Kalifen“ Abu Bakr, Umar und Uthman sowie viele Prophetengefährten nicht anerkennen würden. Dieser Ungehorsam macht sie in der Ideologie von AQI zu „Glaubensabtrünnigen“ und somit vogelfrei. Der Zarqawi-Zweig von al-Qaida verübte zahlreiche Selbstmordattentate und Bombenanschläge gegen schiitische religiöse Prozessionen, Heiligtümer und Wohngebiete. Obwohl az-Zarqawi am 7. Juni 2006 durch einen Luftschlag der US-Truppen getötet wurde, gelang es den alliierten Truppen erst im Jahr 2008, al-Qaida mit Hilfe sunnitischer Stammeskämpfer der „Erweckungsbewegung“ (*as-Sahwa*) in den Untergrund zu drängen. Die antischiitische Terrorkampagne ebte ab, endete indes bis heute nicht. Auch behielt der Islamische Staat Irak (ISI, *Daulat al-Iraq al-Islamiyya*), wie sich die Organisation mittlerweile nannte, ein enges Netz an Unterstützern. Laut Athil an-Nudschaifi, Gouverneur von Mosul, betrieb sie unter den Augen der US-Besatzung und des irakischen Staates Schmuggelnetzwerke mit Erdöl. Außerdem habe sie ein enges Netz in der Polizei und Armee aufgebaut und erpresse „Steuern“ von den Händlern Mosuls. Mit diesen Einnahmen finanzierte ISI seinen Vorstoß nach Syrien (al-Hayat, 2. Juli 2014).

Die Expansion nach „Großsyrien“ (Bilad asch-Scham)

Der Arabische Frühling schuf neue Handlungsspielräume für den Dschihadismus. Einige autoritäre Regime wurden durch breite Volksbewegungen gestürzt oder massiv geschwächt. In den meisten Protestländern gehörten gemäßigte, reformorientierte Islamisten zu den Gewinnern bei Parlamentswahlen, so in Ägypten, Tunesien und Marokko. Doch auch fundamentalistische Salafisten, die zuvor meist unpolitisch oder staatstragend gewesen waren, stellten jetzt offene Forderungen nach einer Islamisierung der Gesellschaft auf. Sie imitieren in ihrem Verhalten und ihrer „Anstrengung auf dem Wege Gottes“ (*dschihad fi sabilillah*) den Lebenszyklus des Propheten Muhammad und passen sich dabei recht kurzfristig und pragmatisch an veränderte Umstände an. Sie können wie Muhammad in seiner ersten prophetischen Phase in Mekka (610-622) mittels „islamischen Ruf“ (*ad-da`wa al-islamiyya*) die Gesellschaft in Graswurzelarbeit islamisieren. Sie können aber auch wie der spätere, zum Staatsmann gewordene Prophet (622-632) politische Forderungen nach einem „Islamischen Staat“ nach dem Vorbild

der Gemeindeordnung von Medina erheben. Die Auswanderung und Absonderung von den Ungläubigen (*hidschra*) ist eine weitere Form des Dschihad. So wie Muhammad sich im Jahr 622 mit der frühislamischen Gemeinde von der damals von Polytheisten beherrschten Stadt Mekka absonderte und in das verbündete Medina auswanderte, so sollten sich heute die Muslime von ihrer „unislamischen“ Umgebung lossagen und in den „Bereich des Islam“ (*Dar al-Islam*) kommen, um diesen zu stärken. Schließlich rufen dschihadistische Salafisten zum globalen bewaffneten Kampf gegen die Weltmacht der „Ungläubigen“ und „unislamische“ Regime in der islamischen Welt auf.¹ Al-Qaida, die sich aus arabischen Veteranen des Afghanistankrieges (1979-1988) formierte, gilt als Begründerin dieser letztgenannten Ausrichtung und ist bis heute ihre wesentliche „Basis“ (*qa`ida*).

Seit Mitte 2011 eskalierte der Aufstand in Syrien zum Bürgerkrieg. Die vormals unter Baschar al-Asad unterdrückten Salafisten radikalisierten und militarisierten sich (Pierret 2013). Seit Anfang 2012 kehrten außerdem syrischstämmige Kämpfer des ISI unter ihrem Emir Abu Muhammad al-Dscholani aus dem Irak zurück und bildeten den Nukleus des syrischen Qaida-Franchise, der Nusra-Front (Unterstützungsfront). Der Aufstand in Syrien lockt bis heute neben Dschihad-Veteranen aus Afghanistan, dem Balkan, Kaukasus, Irak und aus Libyen auch viele neue *Mudschahidun* (Glaubenskämpfer) an, weil er wegen seiner Brutalität weltweit große Aufmerksamkeit erfährt, der Zugang über die Türkei vergleichsweise einfach ist und viele Finanziere aus den konservativen Golfmonarchien bereitwillig für den Dschihad gegen das „alawitische“ Regime in Syrien spenden.

Für die Dschihadisten ist der Volksaufstand gegen das autoritäre Regime von Baschar al-Asad sekundär, eine Demokratisierung Syriens irrelevant. Für sie stellt das heutige Territorium Syriens vielmehr einen Baustein einer weitreichenden Heilserwartung dar. Ihr mittelfristiges Ziel ist die „Befreiung“ Großsyriens (*Bilad asch-Scham*), zu dem neben dem heutigen Staat Syrien auch der Libanon, Jordanien und Palästina gehören, als Nukleus eines wieder zu errichtenden islamischen Weltreiches – des Kalifats. Neben der Nusra-Front mit ihrem Langnamen *Dschabhat an-Nusra li Ahli sch-Scham* (Unterstützungsfront für die Bewohner Großsyriens) tragen auch andere islamis-

tische Milizen die Bezeichnung „Scham“ statt des modernen Staatsnamens „Syrien“ (arabisch *Suriya*) in ihrem Namen.

Scham hat für Muslime eine besondere heilsgeschichtliche Bedeutung, da Jerusalem (*al-Quds*, das Heilige) die anfängliche Gebetsrichtung im Islam und Ausgangspunkt der Himmelsreise des Propheten Muhammad war. Schon der zweite Kalif Umar (634-644) hatte die Stadt auf dem Vertragsweg „dem Islam geöffnet“, das heißt erobert. Im Jahr 690 ließ der Umayyaden-Kalif Abd al-Malik auf dem Tempelberg den Felsendom und die Aqsa-Moschee errichten. Damaskus wurde die Hauptstadt des Umayyaden-Kalifats (661-750). Hier liegen die Gräber von Saladin, der 1187 die Kreuzritter aus Jerusalem vertrieb, und von Ahmad Ibn Taimiyya (1263-1328), einem Islamgelehrten, der bei heutigen Salafisten hohes Ansehen genießt. In *Scham* befinden sich außerdem zahlreiche schiitische Heiligtümer wie etwa der Schrein der Prophetenkelin Zainab nahe Damaskus. Darüber hinaus wird *Scham* mit eschatologischen Erwartungen verknüpft, da sowohl nach sunnitischen als auch schiitischen Quellen ein furchtbarer Bürgerkrieg hier das Erscheinen des endzeitlichen Erlösers (*al-Mahdi*) ankündigen soll. Diese Symboldichte motiviert Glaubenskämpfer beider Konfessionen gegenwärtig, nach *Scham* zu kommen. Schiitische Milizionäre der libanesischen Hisbollah und aus dem Irak unterstützen das Regime des alawitischen Schiiten Baschar al-Asad und heizen damit das Sentiment vieler Sunniten an, dass es um die Verteidigung des sunnitischen Islam gehe.

Diesen symbolträchtigen Raum wollte sich auch ISI nicht entgehen lassen. Im Frühjahr 2013 trat er dem syrischen Bürgerkrieg bei, indem er sich in den bereits „befreiten“ Territorien im Osten des Landes niederließ. Am 9. April 2013 deklarierte sein Anführer Abu Bakr al-Baghdadi (seit 2010) den Zusammenschluss mit dem syrischen al-Qaida-Zweig, der Nusra-Front, zum Islamischen Staat im Irak und in Großsyrien (*Daulat al-Islam fi-l-Iraq wa-sch-Scham*), kurz ISIS. Bereits am Folgetag dementierte Abu Muhammad al-Dscholani jedoch den Zusammenschluss, und das Oberhaupt von al-Qaida, Ayman az-Zawahiri, forderte am 23. Mai 2013 Baghdadi dazu auf, sich auf das irakische Territorium zurückzuziehen. Es kam zum Bruch der beiden Qaida-Zweige und von ISIS mit der Mutterorganisation al-Qaida. Allein in der ersten Jahreshälfte 2014

1 Ausführlich zu den verschiedenen Formen des Dschihad siehe Rosiny (2009).

starben bei Kämpfen von ISIS gegen die Nusra-Front und andere Oppositionsgruppen wie die Islamische Front und die Freie Syrische Armee 6.000 Menschen. Es gelang ISIS dabei wiederholt, verlorenes Territorium zurückzuerobern und zu expandieren, häufig sogar kampfflos, weil viele salafistische und dschihadistische Kämpfer zu ihm überliefen. Besonders ausländische und eine jüngere Generation von Dschihadisten fühlen sich vom kompromisslosen Vorgehen des ISIS angesprochen, der mit großer Brutalität – Autobomben, Selbstmordattentaten und der Ermordung von Anführern – gegen konkurrierende salafistische und dschihadistische Gruppen vorgeht, die Baghdadi des Glaubensabfalls (*ridda*) bezichtigte. Auch ökonomisch war der Syrienfeldzug für ISIS erfolgreich, da die syrischen Ölquellen um Dair az-Zor den Verkauf von Öl an das Regime von Baschar al-Asad, in die Türkei und seit Juli 2014 zusätzlich in den Irak ermöglichen.

Die Rückkehr in den Irak

Mit der Expansion nach Syrien ging der immer unverhohlene Anspruch Baghdadis einher, oberster und einzig legitimer Vertreter des Dschihad im Irak und in Syrien zu sein. Seine Kämpfer sprachen im Frühjahr 2014 davon, ein Kalifat errichten zu wollen. Hierfür bedurfte es eines grenzüberschreitenden Territoriums, wozu sich im Irak eine Gelegenheit bot.

Am 9. Juni 2014 startete ISIS einen Überraschungsangriff und eroberte innerhalb weniger Tage mehrere irakische Städte, darunter Mosul, und Teile der Provinzen Anbar, Ninive, Diyala, Kirkuk und Salah ad-Din. Die im Prinzip zahlenmäßig und waffentechnisch weit überlegene irakische Armee und Sicherheitskräfte flohen Hals über Kopf; 30.000 Soldaten desertierten vor einer Miliz mit geschätzten 7.000-10.000 Kämpfern. Diese zerstörten auf ihrem Vormarsch Sicherheitseinrichtungen und Symbole des irakischen Staates, plünderten Waffendepots mit Panzern, Artillerie bis hin zu Scud-Raketen und nahmen zurückgelassenen Besitz des Staates und seiner Bediensteten sowie vertriebener Minderheiten wie der Christen von Mosul als Kriegsbeute (*ghanima*). Zusätzlich kündigte ISIS bereits die Ausweitung der Kämpfe nach Jordanien, Saudi-Arabien und in den Libanon an.

Auch wenn niemand mit einem solch massiven Auftreten der Dschihadisten gerechnet hatte, ganz unerwartet kam die Offensive nicht. Parallel

zu den Aufständen des Arabischen Frühlings war es auch im Irak seit 2011 zu Protesten gekommen. Viele Iraker beklagten die zunehmend autoritäre Herrschaft des Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki, grassierende Korruption und die mangelhafte Versorgung mit Strom, Wasser und Sicherheit. Seit im April 2013 irakische Sicherheitskräfte gewalttätig gegen Protestcamps in den westlichen, sunnitischen Provinzen vorgegangen waren, verschärfte sich die konfessionelle Zuschreibung der Auseinandersetzung. Im Januar 2014 kam es zum bewaffneten Aufstand, an dem sich auch ISIS beteiligte. Nach den Parlamentswahlen im April 2014 fand sich bislang keine Regierungsmehrheit, weil sunnitisch arabische, kurdische und einige schiitische Politiker Maliki keine dritte Amtszeit zugestanden.

In dieses Machtvakuum fiel der Angriff des ISIS im Juni 2014. Sein militärischer Erfolg erklärt sich neben der Schwäche der Sicherheitskräfte mit der mobilen Taktik der Kämpfer, die auf Pick-Ups und erbeuteten Humvees die „Frontlinie“ durchbrachen und einen Guerillakrieg starteten, während „Schläfer-Zellen“ im Hinterland gleichzeitig Bombenanschläge verübten. Die Milizen schüchtern die Gegner durch exzessive Gewalt massiv ein, indem sie gefangene Grenzwachter, Polizisten und Soldaten nach Religionszugehörigkeit selektierten: Sunniten wurde „verziehen“, wenn sie zum ISIS übertraten, Schiiten und Angehörige anderer Minderheiten wurden gefangen genommen und zu Hunderten, wenn nicht Tausenden ermordet. Propagandavideos im Internet zeigten die brutale Hinrichtung von Gefangenen durch Massenerschießungen und Enthaupten. Schließlich betrieb ISIS eine geschickte Bündnispolitik mit Anhängern der Baath-Partei, Kämpfern des sufischen Nakschbandi-Ordens und sunnitischen Stammeskriegern.

Die Ausrufung des Kalifats

Am 29. Juni 2014, dem ersten Tag des islamischen Fastenmonats Ramadan, überraschte ISIS die Weltöffentlichkeit mit einem weiteren Coup: Sein Sprecher Abu Muhammad al-Adnani verkündete, dass die ISIS-Ratsversammlung ihren Anführer Abu Bakr al-Baghdadi zum Kalifen bestimmt habe. Alle Muslime müssten ihm die Huldigung (*bai`a*) entgegenbringen. Baghdadis ziviler Name, Ibrahim Awwad Ibrahim al-Quraschi al-Haschimi al-Husseini as-Samarra'i, verrät neben seiner Herkunft aus Samarra seine mutmaßliche Abstammung aus dem

Stamm der Quraisch – nach klassischer Lehre eine Bedingung für das Amt des Kalifen –, dem Clan des Propheten der Banu Hashim und sogar direkt von Muhammad über dessen Enkel al-Hussein.

In den kommenden Tagen folgten weitere Auftritte mit grundlegenden Botschaften an die Muslime der Welt. Am 1. Juli 2014 verkündete der Kalif, es sei die individuelle Pflicht eines jeden Muslims weltweit, die *Hidschra* (Auswanderung) in den Islamischen Staat zu begehen. Er forderte explizit islamische Rechtsgelehrte und Richter, Ingenieure, Verwaltungsfachleute und Ärzte auf, beim Staatsaufbau zu helfen.² Am ersten Freitag des Monats Ramadan, dem 4. Juli 2014, hielt „Kalif Ibrahim“ seine erste Freitagspredigt in der Nuri-Moschee von Mosul. Wegen seiner im „Dschihad“ erlangten Kriegswunde erklimmte er nur humpelnden Schrittes die Kanzel. Dort reinigte er sich zunächst mit einem Zahnputzhölzchen den Mund, eine fromme Geste bei Salafisten, bevor er Koranverse, also „Worte Gottes“, in den Mund nahm, mit denen er seine in klassischem Hocharabisch gehaltene Predigt bestärkte. Er war mit schwarzem Turban und Umhang gekleidet, wie sie auch Muhammad bei der Rückeroberung Mekkas im Jahr 630 getragen haben soll. Selbst seine wertvolle Armbanduhr, die in Internetforen großen Spott hervorgerufen hatte, könnte als islamrechtlich legitime „Kriegsbeute“ (*ghanima*) auf die materiellen Vorzüge des Dschihad verweisen. Insgesamt präsentierte er sich aber demütig als ein „Gleicher unter Gleichen“, der die schwere Bürde des Kalifats auf sich genommen habe. „Gehorcht mir, so wie ich Gott und seinem Gesandten gehorche. Wenn ich Gott und seinem Gesandten nicht gehorche, so müsst auch ihr mir nicht gehorchen.“ Mit dieser rhetorischen Floskel, die er der Amtseinführungsrede Abu Bakrs als Kalif im Jahr 632 entnahm, grenzte er sich von den herrschsüchtigen Despoten der Region ab. Zugleich folgt er dem salafistischen Habitus, der jegliche Verehrung eines Menschen als Heiligen verbietet. Alles andere wäre nach dieser strengen Auslegung bereits Polytheismus (*schirk*).

IS übernahm in den von ihr kontrollierten Gebieten im Irak und in Syrien immer mehr Funktionen eines Staates: Er erhebt Steuern und Zölle, verteilt Lebensmittel, fällt teils drakonische islamische Gerichtsurteile, unterhält Informationsbüros

2 Für eine englische Übersetzung siehe online: <https://ia902501.us.archive.org/2/items/hym3_22aw/english.pdf> (29. Juli 2014).

und einen Geheimdienst, präsentiert sich mit einer Fahne und einer Hymne, hat eine Ratsversammlung und verschiedene Exekutivorgane, und gibt in Mosul eigene Pässe aus.

Die Allmacht des Kalifen

Das Kalifat beinhaltet aus Sicht des IS nicht hinterfragbare politische und religiöse Machtbefugnisse, die sich in drei Maximen zusammenfassen lassen.

1. Der Kalif ist das politische Oberhaupt aller Muslime. Die von Menschen gezogenen, kolonialen Grenzen der Nationalstaaten sind irrelevant und sollen eingerissen werden. An der Grenze zwischen Syrien und Irak haben ISIS-Kämpfer dies bereits symbolträchtig zelebriert.³ Entsprechend benannte sich der Islamische Staat im Irak und in Scham (ISIS) zeitgleich mit der Ausrufung des Kalifats in „Der Islamische Staat“ (IS, ad-Daula al-Islamiyya) ohne territoriale Beschränkung um.

Eine politische Einheit der islamischen Gemeinde hatte es seit Mitte des 7. Jahrhunderts nicht mehr gegeben, da die klassischen Kalifate der Umayyaden, Abbasiden und Osmanen jeweils nur Teile der von Muslimen bewohnten Gebiete kontrollierten. Kalif Ibrahim kehrt deshalb in die Anfänge des Islam zurück, als zu Zeiten der ersten vier „rechtgeleiteten“ Raschiden-Kalifen Abu Bakr (632-634), Umar (634-644), Uthman (644-656) und Ali (656-661) zumindest die territoriale Einheit noch gegeben war –, auch wenn sich die konfessionelle Spaltung in Sunniten und Schiiten bereits abzeichnete. Entsprechend bezeichnet sich IS heute als das „Zweite Raschiden-Kalifat“.

2. Der Kalif genießt oberste religiöse Autorität über alle Muslime. Er ist für die Einführung und Durchsetzung der Scharia, des „göttlichen Gesetzes“, verantwortlich. So veröffentlichte etwa das „Informationsbüro“ von Mosul umfassende Verhaltensregeln für die Einwohner.⁴ Allein seine Deutung ist im Verständnis des IS maßgebend und muss – auch gewaltsam – durchgesetzt werden. Diese Deutungshoheit hatte ISIS bereits zuvor proklamiert, versucht ihr aber offensichtlich durch die Ausrufung des Kalifats Nachdruck zu verleihen. So hatte er es im Januar 2014 abgelehnt, ein islamisches Schiedsgericht im Konflikt zwi-

3 In einem englischsprachigen Internetvideo vom 29. Juni 2014 zelebriert „Abu Safiyya aus Chile“ das Ende von Sykes-Picot – online: <www.youtube.com/watch?v=YyM0_sv5h88> (21. Juli 2014).

4 Auszüge finden sich in der Huffington Post vom 13. Juni 2014 – online: <www.huffingtonpost.co.uk/2014/06/13/isis-iraq-brutality_n_5490910.html> (30. Juli 2014).

schen ihm und anderen salafistischen und dschihadistischen Gruppen anzuerkennen, da er als ein Staat politisch souverän sei und keine externe Gerichtsbarkeit akzeptieren könne (Bunzel 2014).

3. Wer dem Kalifen die Huldigung verweigert, ist ein „Abtrünniger“. Die Ausrufung des Kalifats ist vor allem eine Selbstermächtigung zur Alleinherrschaft. Denn wer dem Kalifen nicht huldigt, so die unverhohlene Drohung in nahezu allen Verlautbarungen des IS, gilt als Abtrünniger (*murtadd*). Das Kalifat ist in diesem radikalen Verständnis eine „Lizenz zum Töten“. Dass Baghdadi den Ehrennamen „Abu Bakr“ annahm, könnte an die *Ridda*-Kriege des gleichnamigen ersten Kalifen erinnern: Viele Stämme hatten sich dem Propheten Muhammad in einer Art Stammesverbund angeschlossen und ihm die Huldigung (*bai`a*) dargeboten. Nach seinem Tod sahen sie das Bündnis für gelöst an. Nicht so die junge islamische Gemeinde, in deren Verständnis der Treueschwur dem Islam galt, und nicht der Person Muhammads. Die Stämme begingen somit Ungehorsam, sie fielen von der islamischen Gemeinde ab (*ridda*) und wurden zu Abtrünnigen (*murtaddun*), die bekämpft und unterworfen wurden. Auf die heutige Zeit übertragen, verfolgt Baghdadi die „abtrünnigen“ Bewegungen wie die Nusra-Front in Syrien, die ihm die Huldigung verwehrten, und stellt dadurch vermeintlich die Einheit der islamischen Gemeinde wieder her.

„Der Kalif hat ja keine Kleider an!“

Die überraschende territoriale Expansion des Islamischen Staates und die Ausrufung des Kalifats können nicht über die massiven Legitimitätsdefizite des neuen Gebildes hinwegtäuschen. Bislang hat IS nur in jenen peripheren Gebieten der durch Bürgerkrieg geschwächten Staaten Syrien und Irak Fuß fassen können, die ohnehin außerhalb oder unter schwacher staatlicher Kontrolle waren. Die medienwirksame Einreißung der „Grenzen von Sykes-Picot“ war deshalb eher eine Luftnummer. Inzwischen stoßen die IS-Kämpfer auf die von syrischen und irakischen Truppen gehaltenen Kernregionen vor und an die Grenzen real existierender Staaten. Die irakische Regierung gruppierte mittlerweile die Streitkräfte um und entsandte Eliteeinheiten. Auch entstanden schiitische Freiwilligenverbände, die weitaus motivierter als die irakische Armee ihre Heiligtümer, etwa die beiden Imam-Gräber in Samarra, verteidigen. Die

Staaten, die auf der unmittelbaren Wunschliste des Kalifats stehen – Jordanien, Saudi-Arabien und der Libanon –, rüsten sich bereits massiv gegen eine Unterwanderung bzw. einen Angriff des IS. Selbst eine Kooperation politischer Feinde wie der USA und Iran, ja sogar Iran mit Saudi-Arabien gegen die gemeinsame Bedrohung ist derzeit vorstellbar.

Auch fehlen dem Islamischen Staat wichtige Grundlagen zur Staatlichkeit wie etablierte Staatsgrenzen sowie die Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft und die eigene Bevölkerung. Das Kalifat hält seine Grenzen bewusst vage, da es territorial noch expandieren will. Um eine diplomatische Anerkennung geht es den Protagonisten nicht. In ihrem Verständnis würden sich muslimische Staaten, die das Kalifat anerkennen, automatisch dem *einen* Islamischen Staat einverleiben. Eine Anerkennung durch Staaten der „Ungläubigen“ ist hingegen nicht intendiert. Schließlich geht es dem neuen Kalifen auch nicht um die Anerkennung seiner Legitimität durch die Muslime – die Pflicht hierzu ist nach seiner Interpretation „göttlich“ und unterliegt nicht menschlicher Entscheidung –, sondern um die Unterwerfung der Gläubigen.

Selbst Salafisten und Dschihadisten, die die ideologischen und theologischen Grundlagen von IS durchaus teilen, lehnen die Ausrufung des Kalifats zum momentanen Zeitpunkt ab und vergleichen ihn mit abtrünnigen Sekten aus der islamischen Frühzeit. Die Islamische Front etwa, der größte Zusammenschluss syrischer Salafisten, setzt IS mit den Kharidschiten gleich, das heißt jener Gruppe früher Puristen, die aus der islamischen Gemeinschaft „austraten“ (*kharadscha*), weil sie diese vom reinen Islam abgefallen ansahen. Die Nusra-Front bezeichnet ihre ehemalige Mutterorganisation IS als „Übertreiber“ (*ghulat*). Schließlich wird gegen Abu Bakr al-Baghdadi vorgebracht, er sei – anders als sein Namensvorbild – nicht durch den Konsens der Gemeinde beziehungsweise der Religionsgelehrten bestimmt, sondern lediglich von der Ratsversammlung seiner eigenen Kampftruppe akklamiert worden. Das salafistisch-dschihadistische Lager ist tief gespalten, und nicht einmal der gemeinsame Feind Baschar al-Assad gewährt derzeit noch Zusammenhalt. So erklärte beispielsweise die von Saudi-Arabien finanzierte „Armee des Islam“, die Mitglied in der salafistischen „Islamischen Front“ ist, den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ für prioritär gegenüber dem Kampf gegen das syrische Regime.

Mit der Besetzung und Kontrolle eines Territoriums hat sich IS auf die klassische Kriegsführung eingelassen, in der ihr die staatlichen Armeen auf Dauer überlegen sind. Sie muss außerdem die eigene Bevölkerung versorgen, was Ressourcen bindet und potentiell Unzufriedenheit schafft. Die Einführung einer rigiden Scharia-Gerichtsbarkeit mit drakonischen Körperstrafen für alltägliche Freuden wie Musikhören oder Rauchen und die Zerstörung von historischen Plätzen der Heiligenverehrung entfremden die Bevölkerung. Nicht nur Minderheiten wie die Christen aus Mosul, Schiiten, Turkmenen und Jesiden, die mit Morddrohungen verfolgt werden, sondern auch viele Sunniten sind bereits auf der Flucht vor dem Kalifen.

Eine Strategie gegen Dschihadismus und Separation

Innerhalb der Gesamtheit der Muslime, ja selbst innerhalb des salafistischen Lagers, ist das Kalifat des Islamischen Staates nicht mehr als eine sektenhafte Entgleisung. Sie wird gleichwohl einige politische Konflikte verschärfen und eine Spur der Verwüstung und des Leids hinterlassen. Viel mehr als erneut enttäuschte Erwartungen werden vermutlich von dem „Kalifen ohne Kleider“ nicht übrig bleiben. IS wird weder die kolonialen Grenzen überwinden noch die Einheit der Muslime erreichen, sondern bestenfalls zur weiteren Fragmentierung der Region beitragen. Der globale Dschihadismus wird hierdurch allerdings nicht endgültig entzaubert. Es bedarf vielmehr einer konzertierten Anstrengung, die – anders als der militärische „Krieg gegen den Terror“ – auch dessen politische, sozioökonomische und ideologische Wurzeln berücksichtigt.

Dschihadisten haben sich vor allem in den tief gespaltenen Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens festgesetzt, in denen unterschiedliche ethnisch-konfessionelle und tribale Identitätsgruppen um die Macht konkurrieren, so in Afghanistan, im Irak, in Jemen, Syrien und Libyen. Einzig im multikonfessionellen Libanon haben die Eliten der Gemeinschaften nach den Erfahrungen des Bürgerkrieges von 1975 bis 1990 einen Kompromiss der Machtteilung geschlossen, der die Konkurrenz zwischen den Gemeinschaften reguliert. Alle Gemeinschaften sind mit garantierten Quoten und fixen Posten am Staat beteiligt. Die Konkurrenz findet deshalb innerhalb des Staates um Posten, Einfluss und Entscheidungen

statt, nicht jedoch um die Kontrolle des Staates als Ganzes. Trotz aller Mängel dieses Systems – eine in alle Bereiche der Gesellschaft reichende konfessionalistische Mentalität und eine oft mühsame Entscheidungsfindung – hat das Land bald 25 Jahre lang einen Rückfall in den Bürgerkrieg verhindert und sich ein hohes Maß an Freiheit und demokratischer Mitbestimmung bewahrt.

Es ist offen, ob der Irak und Syrien in ihren heutigen Grenzen bestehen bleiben werden. Eine Separation in ethnisch-konfessionelle Kleinstaaten würde der Region aber keine Beruhigung bringen. Kurzfristig bedarf es eines Kompromisses der Machtteilung zwischen den Eliten der Gemeinschaften, mittelfristig des Aufbaus verlässlicher Staatsstrukturen und eines Rechtssystems, das alle Menschen als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt. Nicht mehr, sondern weniger Grenzen sind in der Region erforderlich, um die Wirtschaft, politische Kooperation und kulturellen Austausch zu fördern. Hier könnten Deutschland und die EU weitreichendere Hilfestellungen beim Staatsaufbau leisten, etwa durch die Beratung von Institutionen und die Ausbildungsförderung. Sie könnten die Kooperation und die Integration innerhalb der Region und mit Europa fördern. Dies ist allemal nachhaltiger (und preiswerter) als die Folgen wiederkehrender radikaler Ideologien und bewaffneter Aufstände zu tragen.

Literatur

- Abdo, Geneive (2013), *The New Sectarianism: The Arab Uprising and the Rebirth of the Shi'a-Sunni Divide*, The Saban Center for Middle East Policy at Brookings, online: <www.brookings.edu/research/papers/2013/04/sunni-shia-divide-abdo> (20. Juni 2014).
- Bunzel, Cole (2014), *The Islamic State of Disunity: Jihadism Divided*, in: *Jihadica*, online: <www.jihadica.com/the-islamic-state-of-disunity-jihadism-divided> (25. Juli 2014).
- Pierret, Thomas (2013), *Religion and State in Syria. The Sunni Ulama from Coup to Revolution*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosiny, Stephan (2009), *Der jihad. Historische und zeitgenössische Formen islamisch legitimer Gewalt*, in: Ines-Jacqueline Werkner und Antonius Liedhegener (Hrsg.), *Gerechter Krieg – gerechter Frieden. Religionen und friedensethische Legitimationen in aktuellen militärischen Konflikten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 225-244.

■ Der Autor

Dr. Stephan Rosiny ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im GIGA Institut für Nahost-Studien. Er leitet ein von der VolkswagenStiftung gefördertes Drittmittelprojekt zu „Machtteilung in multiethnischen Gesellschaften des Nahen Ostens“. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen weiterhin Islamismus sowie Gewalt und Religion.

E-Mail: <stephan.rosiny@giga-hamburg.de>, Webseite: <www.giga-hamburg.de/de/team/rosiny>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ finden Forschungen zum politischen Islam im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ statt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Fürtig, Henner (2011), Der Irak als demokratischer „Musterstaat“ in Nahost?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 9, 3-10.

Fürtig, Henner (2010), *Parlamentswahlen im Irak: Licht am Ende des Tunnels?*, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Koß, Maren (2014), *Der Libanon im Sog des syrischen Bürgerkrieges*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2013), *Syrien: Vom Bürgerkrieg zum regionalen Flächenbrand?*, GIGA Focus Nahost, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

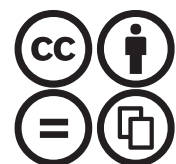
Rosiny, Stephan (2012), *Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2011), *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2011), *Religionsgemeinschaften als Verfassungssubjekte: Libanon als Modell für Nahost?*, GIGA Focus Nahost, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Silvia Bücke;

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg



German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM